



Institutionelle Fragen

Oktober 2018

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sind äusserst eng und gründen auf einem Vertragsnetz, das aus rund 20 zentralen bilateralen Abkommen sowie über 100 weiteren Abkommen besteht. Die Schweiz und die EU verhandeln derzeit ein Abkommen, das eine einheitlichere und effizientere Anwendung bestehender und zukünftiger Verträge im Marktzugangsbereich gewährleisten soll. Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat am 18. Dezember 2013 verabschiedet, der Rat der EU am 6. Mai 2014. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

Chronologie

- 22.5.2014 Beginn der Verhandlungen
- 6.5.2014 Verabschiedung des Verhandlungsmandats durch den Rat der EU
- 18.12.2013 Verabschiedung des Verhandlungsmandats durch den Bundesrat

Stand der Dinge

Der Bundesrat will ein Abkommen, das die Rechtssicherheit im Bereich des Marktzugangs garantiert und die Unabhängigkeit und die Rechtsordnung der Schweiz bewahrt. Die Verhandlungen haben gute Fortschritte gemacht; ein Abschluss ist jedoch noch nicht erfolgt.

Hintergrund

Die Schweiz verfolgt den bilateralen Weg seit der Ablehnung ihres Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) durch Volk und Stände am 6. Dezember 1992. Die Schweiz und die EU haben rund 20 Hauptabkommen und über 100 weitere Abkommen abgeschlossen, die einerseits den Zugang für Schweizer Unternehmen zu bestimmten Sektoren des EU-Binnenmarkts gewähren, andererseits in verschiedenen Bereichen die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU regeln.

Der Bundesrat hat verschiedentlich festgehalten, dass die Konsolidierung und Erneuerung des bilateralen Wegs, unter Wahrung der Unabhängigkeit und des Wohlstands der Schweiz, einen aussenpolitischen Schwerpunkt unseres Landes darstellt. Nach seiner Einschätzung ist der bilaterale Weg gegenwärtig das am besten geeignete Instrument zur Wahrung der Interessen der Schweiz in Europa und gegenüber der EU, welche mit Abstand unsere wichtigste Wirtschafts- und Handelspartnerin ist. Heute gehen rund 54% aller Schweizer Exporte in die EU, knapp 72% aller Schweizer Importe stammen aus dem EU-Raum. Die Konsolidierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs erfordert den Abschluss eines Abkommens zu den institutionellen Fragen.

In seinen Schlussfolgerungen zu den Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz vom Februar 2017 hielt auch der Rat der EU fest, dass für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs der Abschluss eines Abkommens über die institutionellen Fragen notwendig sei. Bereits in den Schlussfolgerungen von 2012 und 2014 hatte der Rat der EU einen institutionellen Rahmen als Voraussetzung für die Weiterführung des gegenseitigen sektoriellen Marktzugangs gefordert.

Inhalt

Die institutionellen Fragen betreffen folgende vier Bereiche:

- Rechtsentwicklung: Wie werden Abkommen infolge allfälliger neuer gesetzlicher Entwicklungen des EU-Acquis, der Teil dieser Abkommen ist, angepasst?
- Überwachung: Wie soll eine einheitliche Überwachung der Anwendung der bilateralen Abkommen sichergestellt werden?
- Auslegung: Wie kann eine homogene Auslegung der bilateralen Abkommen sichergestellt werden?
- Streitbeilegung: Mittels welcher Verfahren sollen Streitigkeiten zwischen der EU und der Schweiz gelöst werden?

Verhandlungsmandat des Bundesrats

Im Dezember 2013 verabschiedete der Bundesrat nach Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments und der Kantone sowie nach Information der Wirtschafts- und Sozialpartner ein entsprechendes Verhandlungsmandat. Nachdem

auch die EU ihr Mandat verabschiedet hatte, konnten die Verhandlungen am 22. Mai 2014 aufgenommen werden. Werden diese abgeschlossen, müssen das Parlament und gegebenenfalls das Volk das Abkommen genehmigen.

Gemäss dem Verhandlungsmandat der Schweiz soll auf die Schaffung neuer supranationaler Institutionen verzichtet werden. Es soll sowohl die einheitliche Anwendung des geltenden Rechts als auch die Unabhängigkeit der Schweiz als Nicht-EU-Mitglied gewahrt werden. Jede Partei überwacht auf ihrem Staatsgebiet mit ihren Behörden die Umsetzung der Abkommen; der zuständige Gemischte Ausschuss übernimmt die allgemeine Aufsicht über die Anwendung der Abkommen.

Die einheitliche Auslegung des EU-Rechts, das Teil eines bilateralen Abkommens ist, soll nach völkerrechtlichen Grundsätzen und gemäss der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU (EuGH) erfolgen. Die Streitbeilegung soll im Gemischten Ausschuss des betreffenden Abkommens stattfinden. Kommt es innerhalb einer vorgegebenen Frist zu keiner Lösung, kann jede Partei die Einsetzung eines spezifischen Schiedsgerichts verlangen, um den Streit beizulegen. Jede Partei ernennt einen Schiedsrichter, und die beiden Schiedsrichter ernennen gemeinsam einen Obmann. Das Schiedsgericht kann den EuGH um eine Auslegung des in ein Abkommen übernommenen EU-Rechts ersuchen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts, das den Streit beilegt, ist endgültig und für die Parteien bindend. Kommt eine Partei dem Schiedsspruch nicht nach, so kann die andere Partei verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung des entsprechenden Abkommens ergreifen. Die Verhältnismässigkeit von

Ausgleichsmassnahmen kann ebenfalls einem Schiedsgericht zur Beurteilung unterbreitet werden.

Die gewählte Lösung sollte eine dynamische, aber keine automatische Übernahme von EU-Recht vorsehen. Die Schweiz würde weiterhin, unter Einhaltung sämtlicher nationaler Verfahren (z. B. des Referendums), darüber entscheiden, ob sie neues EU-Recht in ein bilaterales Abkommen integriert. Auch soll die Schweiz bestimmte Mitwirkungsrechte bei der Ausarbeitung von neuen EU-Rechtsakten erhalten, womit sie früh in die Arbeiten eingebunden wird. Schliesslich darf das künftige Abkommen nicht Ziel, Zweck oder Anwendungsbereich der bestehenden Abkommen zwischen der Schweiz und der EU verändern.

Im Interesse beider Seiten

Die Erneuerung und Konsolidierung des bilateralen Wegs ist ein Anliegen sowohl der EU als auch der Schweiz. Im Bereich des Marktzugangs liegt es im beidseitigen Interesse, über Mechanismen zu verfügen, die eine schnelle Anpassung an die Entwicklungen im relevanten Rechtsbestand der EU und eine effiziente Streitbeilegung vorsehen. Das institutionelle Abkommen soll durch die Homogenität des Rechts der Abkommen Schweiz-EU Rechtssicherheit für die Parteien und ihre Wirtschaftsakteure schaffen. Umsetzungsprobleme sowie Verzögerungen bei Anpassungen an neue Rechtsentwicklungen können neue Hürden beim Zugang zum EU-Binnenmarkt schaffen sowie zu Diskriminierungen der Wirtschaftsakteure führen.

Weitere Informationen

Direktion für europäische Angelegenheiten DEA
Tel. +41 58 462 22 22, europa@eda.admin.ch
www.eda.admin.ch/europa